

## NACHRICHTEN

## Irak vergibt Banklizenzen

Die britischen Banken HSBC und Standard Chartered sowie die National Bank of Kuwait sind die ersten ausländischen Banken, die seit den 1960-er Jahren in Irak eine Banklizenz erhalten. Die Institute könnten Anfang März den Betrieb aufnehmen, drei weitere Lizenzen würden bald vergeben, sagte ein Sprecher der irakischen Zentralbank. Die von der amerikanischen Zivilverwaltung des Landes geschaffene Zentralbank hat insgesamt sechs Lizenzen über jeweils fünf Jahre ausgeschrieben. Darum haben sich 15 Institute beworben. Reuters

## Ärger für die Deutsche Bank

Der Insolvenzverwalter des zusammengebrochenen Baukonzerns Philipp Holzmann fordert nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ einen dreistelligen Millionenbetrag von der Deutschen Bank. Hintergrund ist, dass das Institut bei Immobilienverkäufen Holzmanns das Geld, das auf den Konten des Baukonzerns bei der Bank eingegangen ist, einbehalten haben und damit Kredite des Konzerns im eigenen Haus getilgt haben soll. Eine Sprecherin der Deutschen Bank bestätigte, dass Insolvenzverwalter Ottmar Herrmann der Bank geschrieben habe, prüfe Forderungen gegen sie zu prüfen. Informationen, das Institut und Herrmann verhandelt bereits, kommentierte sie nicht. FTD

## SEC warnt EU bei Bilanzregeln

Die US-Finanzaufsicht SEC hat die Europäische Union (EU) aufgefordert, die Derivate-Bilanzierungsregeln der internationalen Rechnungslegungsstandards (IAS) nicht zu verwässern. SEC-Chefbuchprüfer Donald Nicolaisen sagte der Financial Times, eine europäische Diskussion über die Regeln des International Accounting Standards Board (IASB) könnte der Harmonisierung von internationalen und amerikanischen Rechnungslegungsstandards im Wege stehen. Die Richtlinie IAS 39 wird von europäischen Banken kritisiert. Sie befürchten, diese werde die Höhe ihrer Bilanzpositionen stark schwanken lassen. „Das muss geklärt werden. Wir wollen keine Verwässerung“, sagte Nicolaisen. Die Regeln des IASB sollen ab 2005 gelten, müssen aber in Europa von der EU-Kommission abgesegnet werden. FT

## ABN hat Bethmann ganz

Die niederländische Großbank ABN Amro hat den Kauf der HypoVereinsbank-Tochter Bethmann-Maffei abgeschlossen. ABN hält jetzt alle Anteile an der Privatbank. Nun soll Bethmann-Maffei mit der ABN-Tochter Delbrück verschmolzen werden. Die drei persönlich haftenden Gesellschafter Bethmanns wurden in den Delbrück-Vorstand berufen, zusätzlich zu den drei bisherigen Vorständen. ABN hat rund 110 Mio. € für das Institut bezahlt. FTD

## Aufsicht droht Versicherern

Die britische Finanzaufsicht FSA hat den vier größten Lebensversicherern des Landes massive Strafen angedroht für den Fall, dass sie die Affäre um Beratungsfehler im Zusammenhang mit Immobilienfinanzierungen nicht rasch bereinigen. Betroffen sind Legal & General, Norwich Union, Zürich Life und HBOS. Es geht um Beschwerden von Kunden, die in den 80-er Jahren Immobilien über Lebensversicherungen finanziert hatten und sich falsch beraten fühlen. Reuters

## Preise für Managerhaftpflicht ziehen an

Konzerne müssen sich auf drastische Steigerungen einstellen · Versicherer schließen immer mehr Gefahren aus

Von Anja Krüger, Hamburg

Deutschen Großunternehmen droht ein drastischer Preisanstieg der Berufshaftpflicht für ihre Manager. Das gelte vor allem für Aktiengesellschaften, deren Titel auf dem US-Markt gehandelt werden, argumentierten Spezialisten der Versicherungswirtschaft auf einer Fachkonferenz in Hamburg. Die Kosten für die Absicherung der Führungsschicht mittlerer und kleinerer Betriebe dürften dagegen nur moderat steigen – allerdings schließen die Versicherer mehr und mehr Risiken aus den Policen aus. Mit der „Director's and Officer's“-Police (D&O) sichern Unternehmen ihr Führungspersonal gegen Ansprüche ab, die aus ihrer beruflichen Tätigkeit erhoben werden können. Größter Anbieter in der Bundesrepublik ist AIG, gefolgt von der Allianz sowie Chubb. „Der D&O-Markt in Deutschland ist sehr instabil“, sagte Joachim Albers, der die D&O-Abteilung bei

der Allianz Global Risks leitet. Der gesamte Markt hat nur ein Prämienvolumen von 300 Mio. €. Zum Vergleich: In den USA beträgt das Prämienvolumen 4 Mrd. bis 5 Mrd. \$.

Trotzdem gibt es auch in Deutschland einzelne Verträge mit Versicherungssummen, die über 300 Mio. € liegen. „Ein Großschaden kann den deutschen Markt ins Wanken bringen“, sagte Allianz-Mann Albers. Die Kapazitäten für Großunternehmen seien nach wie vor nicht ausreichend. „Die Versicherungswirtschaft drängt ins mittlere Segment.“ Die Gesellschaften glauben, dass dort weniger schwere Risiken lauern.

Der Preis einer D&O-Versicherung hängt von der Größe des Unternehmens ab. Pro 1 Mio. € Versicherungsschutz zahlen mittlere Unternehmen etwa 6000 €, berichtete Albers. Für Großunternehmen, die

ein Vielfaches dieser Preise zahlen müssen, werden die Verträge immer individuell abgestimmt. „Absolute Spitzenrisiken kommen durchaus auf 300.000 € pro 1 Mio. € Deckung“, sagte Michael Rieger-Goroncy von Ace Insurance.

## „Der D&amp;O-Markt in Deutschland ist sehr instabil“

Joachim Albers, Allianz Global Risks

weltweit zweitgrößten Rückversicherer Swiss Re. Er rechnet mit Preissteigerungen von 100 bis 500 Prozent für Großrisiken.

„Es könnte sein, dass hier von Seiten der Rückversicherer Druck entsteht“, sagte Baumeister. Im gewerblichen Bereich werden sich die Policen nach seiner Einschätzung um zehn bis 30 Prozent verteuern.

Hinzu kommt, dass die Versicherer immer mehr Gefahren aus den Policen ausschließen. „Die Ausschlüsse nehmen inzwischen ein solches Ausmaß an, dass von der eigentlichen Deckung kaum etwas übrig bleibt“, sagte Horst Ihlas vom Großmakler

Marsh. Am teuersten sind die Policen für deutsche Gesellschaften, deren Aktien in den USA gehandelt werden. Die Versicherer fürchten die in den USA oft erfolgreichen Aktionärsklagen. „Deutsche Unternehmen sind durchaus von diesem Risiko betroffen“, sagte Albers von Allianz Global Risks. Diese leidvolle Erfahrung mussten bereits DaimlerChrysler, die Deutsche Telekom sowie die Deutsche Bank machen.

Albers zufolge ist für viele Versicherer noch nicht klar, ob D&O überhaupt ein profitables Geschäft ist. Möglicherweise würden sich Marktteilnehmer zurückziehen und damit die Kapazität verknappten. „Wir selber sind nicht tief in den roten Zahlen, aber andere“, sagte Albers. Namen wollte er nicht nennen.

Marktstatistiken über die Entwicklung der Schäden in der D&O-Versicherung existieren nicht. Fest steht aber, dass die Zahl der Schäden weltweit und in Deutschland stark steigt. „Sie nehmen im Jahr um 50 Prozent zu“, schätzt Swiss-Re-Manager Baumeister. Zu den Sorgenkindern der D&O-Versicherer gehören ausgerechnet die Finanzdienstleister. Sie sind besonders anfällig für politische Veränderungen und werden von den Aufsichtsbehörden nach der Kapitalmarktkrise stärker als früher ins Auge genommen. „Wir analysieren im Moment die Lage“, sagte Baumeister.

## LUFTHANSA

## Millionenkrach mit Versicherern

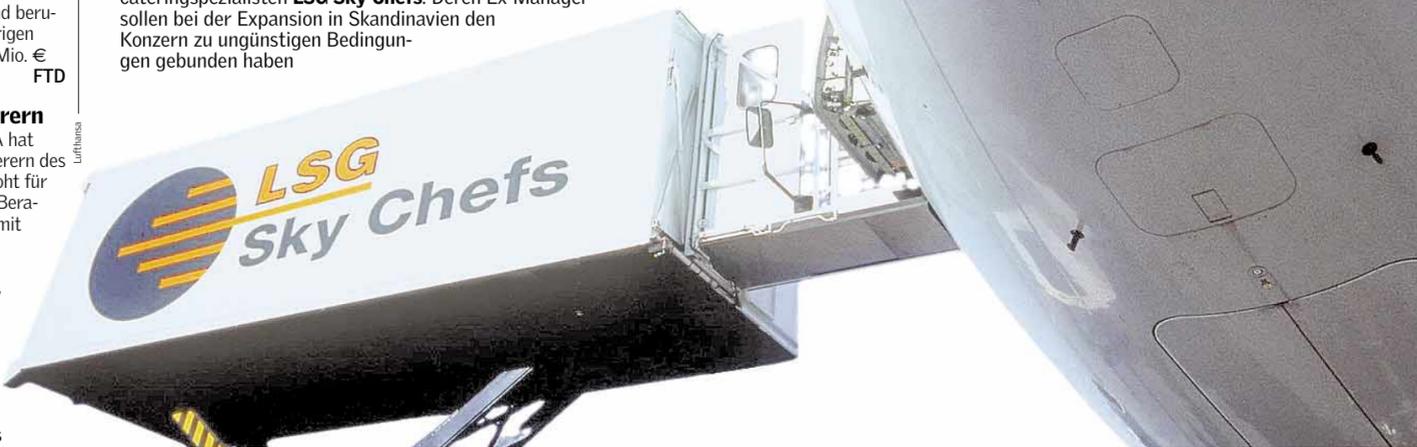
Den bisher größten Anspruch aus der Managerhaftpflicht (D&O) in Deutschland erhebt nach FTD-Informationen die Lufthansa gegenüber zwei Versicherer-Konsortien – eines geführt von Gerling, das zweite vom Bermuda-Versicherer Ace. Es geht um 250 Mio. €. Allianz, HDI, Chubb, Victoria und andere sind beteiligt. Das Gerling-Konsortium stellt die Grunddeckung über 150 Mio. €, die Zusatzdeckung von 100 Mio. € wird von Ace geführt. Viele Versicherer sind Mitglied in beiden Konsortien.

Die Lufthansa macht Ansprüche geltend gegen Helmut Woelki, den früheren Geschäftsführer ihrer Catering-Tochter LSG Sky Chefs, sowie weitere LSG-Manager. Bei der groß angelegten Expansion der LSG vor allem in Skandinavien hätten sie den Konzern auf Jahre zu günstigen

Konditionen gebunden. Die Lufthansa hält den Schaden von mehr als 500 Mio. € für einen klaren Fall für ihre D&O-Deckung, die bis 250 Mio. € reicht.

Die Versicherer sehen das anders. Vor allem Ace argumentiert, dass die Risiken aus den LSG-Geschäften bei Vertragsabschluss bekannt waren – von der Lufthansa aber nicht benannt wurden. Bei einem solchen Verstoß gegen die „vorvertragliche Anzeigepflicht“ wäre der Vertrag nichtig. Beide Seiten wollen aber einen Prozess vermeiden. Deshalb haben sie sich auf den früheren Bundesrichter und jetzigen Versicherungsombudsmann Wolfgang Römer als Schlichter geeinigt. Sein Schlichterspruch wird für März erwartet. Herbert Fromme

Belieferung einer Lufthansa-Maschine durch den Flugcateringspezialisten LSG Sky Chefs. Deren Ex-Manager sollen bei der Expansion in Skandinavien den Konzern zu ungünstigen Bedingungen gebunden haben



## Bank Austria verspricht Gewinnsprung

Neuer Chef will Ertrag bis 2006 auf 600 Mio. Euro verdoppeln

Von Christian Höller, Wien

Die Bank Austria-Creditanstalt (BA-CA) will ihren Nettogewinn bis 2006 verdoppeln. „Wir müssen bis dahin auf 600 Mio. € kommen“, sagte der neue Generaldirektor der HypoVereinsbank-Tochter, Erich Hampel, am Freitag in Wien. 2002 hatte die BA-CA 309 Mio. € netto verdient. Hampel hält die angepeilten 600 Mio. €, die einer Eigenkapitalrendite von 13 Prozent entsprechen, allerdings nur für ein „Etappenziel“.

Die BA-CA ist als Teilkonzern der HypoVereinsbank (HVB) für Österreich und Osteuropa verantwortlich und beschäftigt 30 000 Mitarbeiter in elf Ländern. Unzufrieden mit den Ergebnissen der Tochter, hatte die Münchner Konzernzentrale in der Vorwoche den bisherigen Generaldirektor Karl Samstag ab- und Hampel eingesetzt. Der neue Chef will die Zahl der Mitarbeiter in Österreich bis Ende 2005 von 11 400 auf 10 000 reduzieren. Zum Thema Kündigungen sagte Hampel: „Ich möchte das nicht in der Öffentlichkeit diskutieren, sondern mit dem Betriebsrat diskutieren.“ Die „wesentliche Komponente“ werde aber sicher der Personalabbau im Zuge natürlicher Fluktuationen sein.

Zusätzlich soll das Dienstrecht für die Belegschaft geändert werden. Die BA-CA-Mitarbeiter verfügen über einen beamtenähnlichen Status und verdienen um 20 Prozent mehr als Beschäftigte der Konkurrenz. Laut Betriebsvereinbarung sollen 70 Prozent der Mitarbeiter, die länger als zehn Jahre bei der BA-CA arbeiten, ihren beamtenähnlichen Status verlieren. Hampel hofft auf eine Einigung mit der Personalvertretung.

## Ehrgeizige Ziele

Um die Verwaltungskosten bei den Osteuropa-Töchtern zu senken, will Hampel gravierend umstrukturieren. „Ich will, dass die Osttöchter in reine Vertriebseinheiten umgewandelt werden.“ So sollen die Bereiche Zahlungsverkehr, IT und Organisation in Wien konzentriert werden. Hampels Ziel: Die BA-CA zur Nummer eins in Osteuropa zu machen. Gemessen an der Bilanzsumme, rangiert die HVB-Tochter derzeit an dritter Stelle nach der belgischen KBC und der Wiener Erste Bank. In Österreich ist die BA-CA Marktführer. Bis wann sein Institut den Spitzenplatz in Osteuropa einnehmen soll, sagte Hampel nicht, aber: „Wir haben genügend Eigenkapital, Kraft und Entschlossenheit.“

Eine Variante wäre, einen Partner mit an Bord zu nehmen, „wenn die Situation passt“, sagte der BA-CA-Generaldirektor weiter. Die Überlegungen von HVB-Chef Dieter Rampl, das Osteuropageschäft der BA-CA mit einer anderen Bank zusammenzulegen, bezeichnete Hampel als „interessant“. Klar müsse jedoch sein, dass die BA-CA in einer solchen Konstellation das Sagen habe. Laut Analysten kommen als Partner für die BA-CA in Osteuropa die italienische Unicredit, die französische Société Générale und die niederländische ING in Frage.

## FINANZKOMMUNIKATION

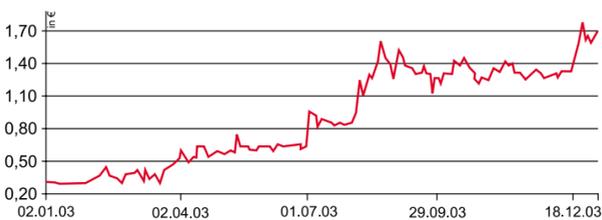
## „Golden Globes“ zahlen sich an der Kinokasse aus“

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND am 27.01.2004

## Nach Gewinn des Golden Globe nun auch Oscar®-Nominierung für den e-m-s Film „Monster“

Ab 6. Mai in den deutschen Kinos, ab Herbst auf DVD

## Die e-m-s Aktie in 2003/04



WKN 521280  
ISIN DE0005212807

www.e-m-s.de

## Zulassungsantrag

Die P&I Personal & Informatik Aktiengesellschaft und die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaft, Frankfurt am Main haben beantragt, zum Geregelten Markt ohne Einreichung eines Unternehmensberichtes gemäß § 51 Abs. 4 BörsG i.V.m. § 69 Abs. 1 BörsO und § 45 Nr. 2 b) BörsZuV

## bis zu Stück 103.000

(Euro 103.000,00)

auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von nennwertlosen Stückaktien - mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je Euro 1,00 - im Hinblick auf Bezugsrechte für auf den Inhaber lautende Stammaktien aus der im Juli 1999 von der außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen und in das Handelsregister eingetragenen bedingten Kapitalerhöhung in Höhe von bis zu Euro 770.000,- mit Gewinnanteilberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem die Ausgabe erfolgt

Nr. 7.700.001 - 7.803.000

- ISIN DE0006913403 -

der

P&I Personal & Informatik Aktiengesellschaft, Wiesbaden,

zugelassen.

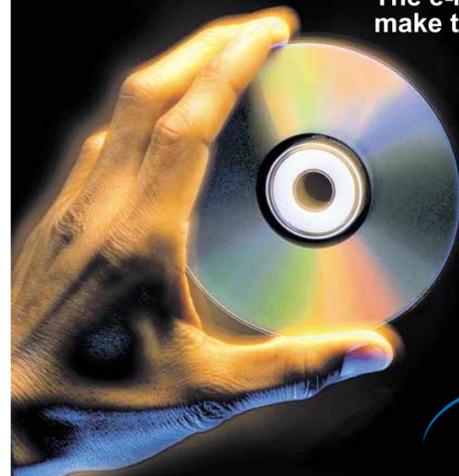
Frankfurt am Main, 30.01.2004

Frankfurter Wertpapierbörse  
Zulassungsstelle

WWW.FTD.DE

Some people watch things happen, while others wonder what has happened.

The e-m-s people make things happen.



e-m-s  
new media AG.